

# Internationaler Widerstand erfolgreich

## Indien tritt von Kreditvertrag für Narmada-Projekte zurück

von Bruni Weißen

Insgesamt nur widerwillig reagierte die Weltbank auf die internationalen Proteste gegen den umstrittenen Sardar-Sarovar-(Narmada-)Staudamm in Indien. 1991 setzte sie - zum ersten Mal in ihrer Geschichte - eine unabhängige Kommission zur Untersuchung des Projektes ein. Deren Urteil - vorgestellt in einem ausführlichen Bericht im Juni 1992 - war so negativ, daß sich die Exekutiv-Direktoren der Weltbank einige Monate später mit knapper Mehrheit zwar gegen eine sofortige Suspendierung der Gelder aussprachen, aber dafür in einer Frist von sechs Monaten wenigstens einige der seit Beginn des Projektes 1987 ausstehenden Bedingungen erfüllt sehen wollten. Ansonsten würde die Weltbank aus der Finanzierung des Projektes aussteigen. Einen Tag vor Ablauf dieser Frist trat die indische Regierung vom Kreditvertrag zurück - mit der fadenscheinigen Begründung, die kommunalistischen Unruhen hätten die Erfüllung der Bedingungen verhindert. KritikerInnen bezweifeln seit Jahren, daß die indische Regierung trotz aller Lippenbekenntnisse überhaupt gewillt ist, Teile dieser Bedingungen wie ausreichende Kompensation mit Land und Partizipation der betroffenen Bevölkerung zu erfüllen.

Wie ein Anlaß zum Jubeln sah es auf den ersten Blick nicht aus, und doch ist die Entscheidung der indischen Regierung, vom Weltbank-Kredit für den Sardar-Sarovar-Damm zurückzutreten, ein entscheidender Schritt zur Verhinderung der katastrophalen Narmada-Projekte. Die Hoffnung, daß die Weltbank nun endlich gezwungen wäre, öffentlich Farbe zu bekennen und ihre Fehler zuzugeben, erfüllte sich nicht. Stattdessen warf die indische Regierung das Handtuch, ersparte sich und der Weltbank damit den Gesichtverlust, der gleichzeitig ein Signal hätte sein können gegen diese zerstörerische Entwicklungspolitik. Denn Narmada ist kein Einzelfall. Suvarnarekha, Pak Mun, Drei-Schluchten und viele andere (nicht nur Staudamm-)Projekte würden bei genauer Betrachtung ähnlich vernichtende Urteile erhalten, wie die unabhängige Untersuchungs-Kommission unter Bradford Morse sie für Sardar-Sarovar konstatierte. Aber schon der beschönigende

Umgang des Weltbankmanagements mit dem Morse-Bericht, das Hinhalten der Exekutiv-Direktoren, die in keiner Weise angemessenen Statements gegenüber den Vorwürfen des Berichts und letztlich eben dieses "Sich Herausschleichen" aus dem Projekt (das zweifellos Ergebnis von Verhandlungen zwischen Weltbank und indischer Regierung war), all dies zeigt, daß der Wille zu einer anderen Politik in der Weltbank nicht vorhanden ist.

Trotzdem darf die Bedeutung dieses Rückzugs nicht unterschätzt werden. Jahrelanges Ziel der internationalen Proteste gegen die Narmada-Projekte war, daß die Weltbank aus der Finanzierung aussteigt. Genau das ist jetzt passiert. Natürlich bedeutet das nicht das Ende der internationalen Unterstützung für die "Bewegung zur Rettung der Narmada". Die Weltbank ist auch weiterhin für die Folgen dieses Projektes verantwortlich, vor allem, wenn mit dem nächsten Monsun die ersten Dörfer überschwemmt werden, obschon die BewohnerInnen noch nicht umgesiedelt sind. Wissentlich ist in den Ausführungen der Weltbank im letzten Oktober gelogen worden, als man behauptete, man werde weiterhin darauf achten, daß der Bau des Staudamms gekoppelt wird mit Umsiedlungsmaßnahmen. Schon damals wußten die Verantwortlichen der Weltbank, daß fortschreitende Baumaßnahmen beim nächsten Monsun zu Überschwemmungen führen werden (wenn der Monsun nicht ausfällt). Aber sie haben nicht einmal versucht, den weiteren Bau des Dammes zu stoppen.

Die Tatsache, daß der Staudamm jetzt nicht mehr von der Weltbank finanziert wird (außer vielleicht durch die Hintertür eines Sektor-Kredits), ist Ergebnis des internationalen Drucks. Für die guten Beziehungen zu Indien, der Muster-Schuldnerin, die ihre Zinsen und Kredite immer pünktlich zurückzahlt (und die außerdem einen wachsenden Markt für Konsumwaren darstellt, mit dem es sich niemand ernsthaft verschern will), war man - nicht nur in der Weltbank - bereit, das Schicksal von 240.000 Menschen auf's Spiel zu setzen. Und das wider besseren Wissens, denn daß der Staudamm selber ein Flopp ist,

ein "weißer Elefant", das war auch intern in der Weltbank schon lange kein Geheimnis mehr. Letztlich ging es schließlich nur noch um die Frage, wer der Stärkere ist. Läßt die Weltbank sich von einigen Nicht-Regierungs-Organisationen mehr beeinflussen als von der indischen Regierung? Wohl kaum. Anders die Länder, wie z.B. die Bundesrepublik, bei denen der Protest gegen den Staudamm gleichzeitig die Glaubwürdigkeit der eigenen Entwicklungspolitik in Frage stellte.

Das Konzept der internationalen Bewegung gegen den Staudamm, jede/r macht Druck auf seine eigene Regierung und alle zusammen auf die Weltbank, hat sich als erfolgreich erwiesen. Konkret waren es die auf Anweisung ihrer Regierungen handelnden Exekutiv-Direktoren, die den Druck auf das Weltbank-Management ausgeübt haben - gegen dessen Willen. Denn daß die Exekutiv-Direktoren sich nach einer Kreditbewilligung noch für ein Projekt interessieren, das hat es "vor Narmada" noch nicht gegeben und erschien dem Management lange als eine Einmischung, die man verhindern wollte.

Beim Rückzug aus dem Kreditvertrag hat die indische Regierung verkündet, sie werde das Projekt allein weiterfinanzieren und den Damm auf jeden Fall zu Ende bauen. Es gibt eine Reihe von Anzeichen dafür, daß diese Behauptung zu vollmundig war. Vor allem die Finanzsituation Gujarats, das bereits jetzt die höchste Pro-Kopf-Verschuldung der indischen Bundesländer aufweist und in seinem Haushalt für die nächsten Jahre gerade ein Drittel der voraussichtlichen Kosten des Dammbaues ausweisen konnte, gibt Anlaß zu berechtigten Zweifeln an den Realisierungsmöglichkeiten. Mindestens ebenso wichtig wie das Fehlen der notwendigen Finanzmittel ist jedoch, daß die "Bewegung zur Rettung der Narmada" durch den Rückzug aus dem Kreditvertrag einen Aufschwung erleben wird. Bereits vor dem Rücktritt haben die AktivistInnen der Bewegung 28.000 Familien im Narmada-Tal befragt, ob sie bereit sind umzusiedeln. 23.000 Familien wollen bleiben.